



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

11. Jahrgang, Nummer 07 / 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

Bürgerinitiativen und Umweltverbände haben am 23. August mit mehreren Tausend Menschen eine grenzüberschreitende deutsch-polnische Menschenkette organisiert. Damit demonstrierten sie mit einer 8 Kilometer langen Kette und geschätzten 7 - 8000 Menschen eindrucksvoll gegen den weiteren Braunkohleabbau und für eine konsequente Energiewende. Mit dieser Aktion über die deutsch-polnische Grenze hinweg wurden zwei von der Abaggerung bedrohte Dörfer - Kerkwitz und Grabice – miteinander verbunden und internationaler Protest wurde zum Ausdruck gebracht.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) solidarisiert sich mit dem Widerstand gegen den Braunkohleabbau in der Lausitz und anderswo. Der BBU geht davon aus, dass die Aktion mit dazu beiträgt, einer echten Energiewende näher zu kommen. Und diese ist dringend erforderlich. Noch immer wird auch von der Bundesregierung auf Kohle gesetzt, noch immer werden bundesweit Atomkraftwerke und Uranfabriken betrieben und noch immer drohen Grundwasser- und Bodenverseuchungen durch Fracking. In dieser Situation ist es nach wie vor richtig und wichtig, dass aktive Menschen gemeinsam auf die Straße gehen - und das grenzüberschreitend. Sie setzen sich gemeinsam dafür ein, dass den Klimakillern und Atommüllfabriken ein Ende bereitet und den erneuerbaren Energien noch besser als bisher der Weg geebnet wird. Die Politik muss die Proteste ernst nehmen - neue Wege in der Energiepolitik sind dringend erforderlich! Und der BBU ruft dazu auf, weiteren Druck auf die Politik auszuüben, damit verstärkte Maßnahmen für eine umweltfreundliche Energiepolitik organisiert und durchgeführt werden. Damit dieser Druck seitens der Bevölkerung verstärkt werden kann, ruft der BBU zur Gründung weiterer Umweltschutz-Bürgerinitiativen auf. Dabei sind wir gerne behilflich.



Beste Grüße aus der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Unterstützt mit kleinen und großen Spenden die Aktivitäten des BBU!

Die Arbeit und das vielfältige Engagement des BBU gibt es leider nicht zum Nulltarif. Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um großzügige **Spenden**. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Und natürlich ist es wichtig, dass auch immer mehr Initiativen, Umweltnetzwerke und auch Privatpersonen dem BBU beitreten. Aufnahmeanträge findet man unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>

Termine aus den Reihen der Umwelt- und Friedensbewegung

Die BBU-Terminübersicht hilft bei der Vernetzung im Umweltschutz und kann bei der Planung von Aktionen dazu beitragen, dass Terminüberschneidungen vermieden werden. <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

2. Themenbereiche

Atomindustrie

55 Initiativen, Verbände und Parteien starten Tag-X-Kampagne: „Keine Inbetriebnahme des Dauer-Uranmülllagers in Gronau - sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau“

Rund 55 Anti-Atomkraft-Initiativen, Umweltverbände und Parteigliederungen fordern gemeinsam die NRW-Landesregierung sowie die Bundesregierung auf, das erste Atommüll-Zwischenlager Deutschlands für 60 000 Tonnen Uranoxid im westfälischen Gronau nicht in Betrieb zu nehmen und die Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau sofort stillzulegen. Für den Fall, dass die NRW-Landesregierung die derzeit für 2015 geplante Inbetriebnahme der Uranmüllhalle genehmigt, kündigten die Anti-Atomkraft-Initiativen in einem Aufruf zum „Tag X“ Proteste in Gronau an.

Die Uranfabrik in Gronau ist vom Atomausstieg komplett ausgenommen und produziert ohne zeitliche Befristung jedes Jahr den Uranbrennstoff für jedes 10. AKW weltweit. Dabei fallen in Gronau jährlich bis zu 7000 Tonnen Uranmüll an. „Die Urananreicherungsanlage Gronau entwickelt sich immer mehr zum Testfall für die Zukunft der Atomenergie und der Atommüllentsorgung in Deutschland. Erstens will die Bundesregierung auf die Urananreicherung auch nach 2022 nicht verzichten und zweitens will die NRW-Landesregierung offenbar erstmals die Lagerung von Atommüll ohne jede zeitliche Befristung genehmigen. Von einem Zwischenlager kann man also bei der neuen Uranlagerhalle gar nicht sprechen – wir befürchten in Gronau die schleichende Entstehung eines oberirdischen Endlagers, das nicht einmal gegen Flugzeugabstürze gesichert ist,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Mitglied des örtlichen Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau.

Die Urananreicherung und Uranmülllagerung in Gronau erfordern eine Unzahl an Urantransporten quer durch NRW, Europa und darüber hinaus. Natururan wird in Form von Uranhexafluorid aus Frankreich, Großbritannien, Kanada und den USA nach Gronau geliefert. Das als Atommüll anfallende abgereicherte Uranhexafluorid geht zur sogenannten „Dekonversion“ nach Südfrankreich und ab 2015 nach Großbritannien. Aus Frankreich und Großbritannien kommt es dann als Uranoxid zur zeitlich unbefristeten Dauerlagerung nach Gronau zurück. Allein in Südfrankreich warten schon 13 000 Tonnen Uranoxid auf den Transport nach Gronau, für die 12–15 Uranzüge nötig sein werden. Die Initiativen kündigten deshalb grenzüberschreitende Proteste gegen die zu erwartenden Uranmülltransporte nach Gronau an.

Leicht gekürzter Text einer gemeinsamen Pressemitteilung vom 12.08.2014 von: Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau, SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/12.08.14.pdf>

Protest gegen neues AKW in Bohunice

(UB) Der BBU hat über das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz beim Umweltministerium der Slowakischen Republik Einspruch gegen den Neubau eines AKW am Standort Bohunice eingereicht. Bundesweit war kaum bekannt, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung für das neue Atomkraftwerk durchgeführt wurde, die aus Sicht des BBU sehr fragwürdig und intransparent organisiert wurde. Stellungnahmen und Einsprüche konnten bis zum 21.08. eingereicht werden. In einer Pressemitteilung hat der BBU die knappe Einwendungszeit kritisiert. Zudem betonte der BBU in der BBU-Pressemitteilung, "dass angesichts der weltweiten Probleme mit Atomanlagen und Atomkraftwerken kein neues Atomkraftwerk gebaut werden darf".

Hintergrundinformationen unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/15.08.14.pdf>.

Mindestens vier Atomtransporte im Bundesgebiet zeitgleich unterwegs

Nach Angaben des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) waren am heutigen Mittwoch (20. August 2014) im Bundesgebiet zeitgleich mindestens vier Atomtransporte auf dem Schienenweg bzw. mit LKW unterwegs. Betroffen von den Transporten waren mehrere Bundesländer, darunter NRW, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Der BBU fordert von der Bundesregierung einen echten Atomausstieg und von den verantwortlichen Landesregierungen konsequente Maßnahmen zur Verhinderung der Atomtransporte.

Mit zwei getrennten Güterzügen erreichten heute insgesamt 51 Seecontainer mit Uranerzkonzentrat den Süd-Westen der Bundesrepublik. Nachdem die Container vor einigen Tagen zunächst mit einem Zug den Hamburger Hafen verlassen hatten, wurden sie am Montag (18. August) in Maschen auf zwei Züge verteilt. Einer der Züge wurde am frühen Morgen des heutigen Mittwochs in Köln und in Bonn von Anti-Atomkraft-Initiativen gesichtet.

Nach Angaben des Saarländischen Rundfunks (SR), mit Bezug auf Aussagen der Bundespolizei, ist einer der Züge mit 29 Containern Uranerz über die Moselstrecke bei Perl nach Frankreich gefahren. Der zweite Zug mit 22 Containern sollte nach Angaben des SR, bzw. der Polizei, nach einem Aufenthalt in Mannheim am frühen Nachmittag Richtung Saarland starten. Für den Grenzübergang wurde Saarbrücken genannt.

Dieser "gespaltene" Urantransport wurde zunächst am Montag in Hamburg erfolgreich blockiert und rollt bzw. rollte insgesamt vom Hamburger Hafen kommend als Transittransport quer durch Niedersachsen, NRW und Rheinland Pfalz Richtung Frankreich. Sein Ziel ist offenbar eine Uranfabrik in Malvesi (Frankreich). Nach Verarbeitungsschritten in Frankreich kommt vermutlich zumindest ein Teil dieses Urans in Form von Uranhexafluorid später zur weiteren Verarbeitung zurück nach Nordrhein-Westfalen, damit es in der Urananreicherungsanlage in Gronau zum Einsatz kommen kann.

Und in der Nähe der Gronauer Urananreicherungsanlage haben Anti-Atomkraft-Initiativen ebenfalls am heutigen Mittwoch mehrere LKW mit Nuklearfracht beobachtet. Um 8.10 Uhr wurde auf der A31 in Höhe Heek, Richtung Ruhrgebiet (Frankreich?) einen französischen LKW gesichtet, der mit Radioaktivitätszeichen deklariert war. Und gegen 9.30 Uhr wurden sogar sechs LKW mit je einem Container Uranhexafluorid im Konvoi beobachtet. Sie befanden sich auf der B 54 zwischen der A 31 und Gronau. Vermutlich befanden sie sich auf dem Weg zur Urananreicherungsanlage.

Der BBU betont, dass die ständigen Atomtransporte ein Beweis dafür sind, dass auch die Bundesrepublik vom Atomausstieg noch weit entfernt ist. "Die Anti-Atomkraft-Bewegung wird weiterhin mit verschiedenen Aktionen die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Uranfabriken einfordern", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Nach Angaben des BBU finden z. B. im Herbst in NRW Protestaktionen am Atommüll-Lager in Ahaus (21.09.) und an der Urananreicherungsanlage Gronau (05.10.) statt.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 20.08.2014. Vollständiger Text unter

BBU gegen Schadenersatz für RWE: Die Biblis-Stillegung war erforderlich

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat die Schadenersatzklage seitens des Energiekonzerns RWE gegen den Bund und das Land Hessen scharf kritisiert. Der BBU ist der Auffassung, dass dem RWE-Konzern kein Schadenersatz für die Stilllegung der Atomkraftwerke Biblis A und B zusteht.

Das Land Hessen hatte 2011 nach Beginn der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima die Stilllegung der RWE-Atomkraftwerke Biblis A und B veranlasst. "Mit der Stilllegung der Biblis-Reaktorblöcke A und B hat die hessische Landesregierung im Interesse der Bevölkerung gehandelt. Es ist absurd, dass RWE daraus Schadenersatzforderungen ableiten will", so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Die Blöcke A und B des AKW Biblis waren 2011 zunächst für drei Monate stillgelegt worden. Anschließend wurden sie dauerhaft vom Netz genommen.

Der BBU betont, dass das Land Hessen 2011 zum Schutz der Bevölkerung gehandelt hat, nachdem Fukushima erneut gezeigt hatte, dass auch westliche Atomkraftwerke Katastrophen verursachen können. Der BBU führt zudem mit Nachdruck aus, dass durch die Stilllegung von Biblis A und B die Produktion weiteren Atom Mülls verhindert wurde. "Andere Landesregierungen wie zum Beispiel in NRW, Niedersachsen und Bayern sollten dem Beispiel Hessens folgen und die noch immer laufenden Atomkraftwerke und Uranfabriken sofort stilllegen lassen", so Udo Buchholz. In NRW ist RWE am Betrieb der einzigen deutschen Urananreicherungsanlage beteiligt, in Niedersachsen betreibt RWE das Atomkraftwerk Emsland in Lingen und in Bayern das AKW Gundremmingen. Natürlich fordert der BBU auch die Aufhebung der AKW und Atomanlagen, die von E.ON, Vattenfall und EnBW betrieben werden.

Die Bevölkerung ruft der BBU weiterhin zum Protest gegen Atomkraftwerke, Atomanlagen und Atomtransporte, sowie zum Stromwechsel, auf. Die Kundinnen und Kunden haben laut BBU die Möglichkeit, einen Stromanbieter zu wählen, der keinen Atomstrom produziert oder anbietet. In diesem Zusammenhang verweist der BBU auf seine Stromwechsellkampagne; weitere Informationen dazu unter <http://www.bbu-online.de>.

Weitere Informationen zu den stillgelegten AKW-Blöcken Biblis A und Biblis B unter

<http://atomkraftendedarmstadt.blogspot.de>

Pressemitteilung des BBU vom 26.08.2014

Bundesweite Kampagne „Atommüllalarm“ vom 13. September bis 30. Oktober 2014

Die gemeinsame Herbstkampagne "Atommüll-Alarm - Tatort Deutschland", die auch vom BBU unterstützt wird, geht an den Start. Hinter den Kulissen wird fleißig an der Infrastruktur gearbeitet, recherchiert, Vorträge und Infotouren ausgearbeitet, eine neue Homepage erstellt und der Grafiker hat seinen Bleistift für die Kampagnenzeitung schon gespitzt...Jetzt wird überall im Lande tat(ort)kräftige Unterstützung gesucht!

Ziel der Kampagne ist deutlich zu machen, dass an vielen verschiedenen "Tatorten" Atommüll liegt und dass es kein allumfassendes Konzept dafür gibt. Wir gehen auf Spurensicherung und jede lokale Initiative kann ihr individuelles Problem - ihren „Tatort XY“ - in die Kampagne einbringen und im großen Gesamtzusammenhang bekannter machen. Am Ende ergibt sich ein Täterprofil und allgemeine Aufklärung.

Wollen Sie bei sich vor Ort vom 13. September bis 31. Oktober aktiv an der Kampagne beteiligt sein? Eine Veranstaltung, einen Infostand, ein Schulprojekt zu Ihrem „Tatort“ organisieren?

Dann melden Sie sich umgehend per Mail unter info@ag-schacht-konrad.de oder telefonisch unter 0176/76586506

Einen Leitfaden mit kreativen Ideen zur Ausgestaltung werden wir in den nächsten Wochen zur Verfügung stellen. Unser Ziel ist es, in dem definierten Kampagnenzeitraum flächendeckend Präsenz zu zeigen und eine möglichst imposante Zahl an Unterschriften mit folgenden Forderungen zu sammeln:

Quelle und weitere Informationen:

http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1368&Itemid=285

Energiewende

BBU kritisiert unausgewogene Zusammensetzung des „Runden Tisches ‚Energiewende‘“ des niedersächsischen Umweltministers Wenzel

Als personell unausgewogen und damit von Beginn an unzureichend legitimiert hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) den niedersächsischen „Runden Tisch ‚Energiewende‘“ bezeichnet. Umweltminister Stefan Wenzel hatte die Zusammensetzung des Runden Tisches am 14.8.2014 bekannt gegeben. Während die Industrie gut in diesem Gremium vertreten ist, sucht man Vertreter der Bürgerinitiativen-Bewegung gegen Fracking vergebens. Der BBU wirft Wenzel vor, damit eine offene Diskussion über seine Pro-Fracking-Politik bereits durch die Zusammensetzung der Runde verhindern zu wollen.

Das Aktionsbündnis NoMoor Fracking aus dem niedersächsischen Wagenfeld äußert sein Unverständnis über die Entscheidung Wenzels: „Der Runde Tisch soll ein Szenario und Leitbild ‚Energieversorgung in Niedersachsen im Jahr 2050‘ diskutieren und Beiträge für ein integriertes Energie- und Klimaschutzprogramm des Landes erarbeiten. Wer die Ausgestaltung der Energiewende im Fracking-Bundesland Nr. 1 diskutieren will, darf aber zum Thema Erdgasgewinnung nicht schweigen. Und er darf die Bürger nicht vor der Tür lassen, die sich mit diesem Thema intensiv befassen. In ganz Niedersachsen haben sich Initiativen gebildet, die engagiert gegen Fracking kämpfen. Sie besitzen auch

eine große Kompetenz beim Thema Energiewende. Daher wäre es eine Selbstverständlichkeit gewesen, für eine angemessene Vertretung dieser Bürgerinitiativen beim Runden Tisch zu sorgen.“

Der BBU erwartet angesichts dieser Zusammensetzung nicht, dass das Szenario „Energieversorgung in Niedersachsen im Jahr 2050“, das geplante Klimaschutzgesetz und das ‚integrierte Energie- und Klimaschutzprogramm Niedersachsens‘ ambitionierte Dokumente werden. Der Umweltverband geht vielmehr davon aus, dass der Umweltminister eine niedersächsische Energiewende auf niedrigem Niveau, aber mit ungehemmter Fortsetzung von Fracking plant. Der BBU wird sich von dieser Politik nicht beeindruckt lassen und weiter für eine konsequente Energiewende und ein ausnahmsloses Fracking-Verbot eintreten.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 15.08.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/15.08.14.pdf>

Fracking

BBU gratuliert hessischen Anti-Fracking-Initiativen zu großem Erfolg

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gratuliert den hessischen Bürgerinitiativen zu ihrem Erfolg gegen die Fracking-Pläne der Firma BNK. BNK hatte eine Aufsuchungserlaubnis für ein Gebiet in Nordhessen beantragt. Die Initiativen hatten jedoch bereits auf der Ebene der Aufsuchungserlaubnis Druck gemacht und so die damalige hessische Umweltministerin Lucia Puttrich veranlasst, eine intensive Prüfung vorzunehmen und daraus resultierend die Erlaubnis zu verweigern. Mit einem gerichtlichen Vergleich, in dem BNK die Klage gegen die Verweigerung rechtskräftig zurücknahm, sind jetzt die Fracking-Pläne der Firma in Hessen beendet.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Offenbar hat BNK die Aussichtslosigkeit seiner Klage erkannt und deshalb darauf verzichtet, Schiefergas zu gewinnen. Einem richtungsweisenden Urteil wollte die Firma anscheinend entgehen. Dieser Vorgang hat weit über die Grenzen Hessens hinaus Bedeutung. Er zeigt auf, wie sich ein Bundesland erfolgreich gegen Fracking-Pläne wehren kann. Wir fordern Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Niedersachsen auf, nicht weiter Aufsuchungserlaubnisse durchzuwinken, sondern den strengen Prüfungsmaßstab anzulegen, der sich in Hessen bewährt hat.“

Der BBU betont allerdings, dass es irreführend ist, wenn die hessische Umweltministerin Priska Hinz in diesem Zusammenhang von einem Etappensieg spricht, eine allgemein gültige Rechtsgrundlage fordert und auf einen gemeinsamen Entschließungsantrag im Bundesrat verweist, der von den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein gestellt wurde. Denn dieser Antrag sieht kein ausnahmsloses Fracking-Verbot vor, sondern regelt lediglich die Rahmenbedingungen des Frackings. Der BBU fordert die hessische Umweltministerin auf, sich gerade angesichts des Rückzugs von BNK für klare Verhältnisse einzusetzen, den Entschließungsantrag zurückzuziehen und einen Antrag für ein Fracking-Verbot ohne Wenn und Aber in den Bundesrat einzubringen.

Kontakt und Informationen über Bürgerinitiativen (Bis) gegen Fracking in Hessen:

<http://www.frackingfreieshessen.de>, <http://www.lebenswertes-korbach.org>

Pressemitteilung des BBU vom 20.08.2014.

BBU und Bürgerinitiativen kritisieren Schreiben des Bundes-Wirtschaftsministeriums zu Fracking – Substanzlose Beschwichtigungen statt Antworten auf drängende Fragen

Als eindeutigen Beleg dafür, dass das Bundes-Wirtschaftsministerium entgegen seinen eigenen Beteuerungen die Sorgen der Bevölkerung beim Thema Fracking nicht ernst nimmt, sehen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und Bürgerinitiativen gegen Fracking die Antwort des Ministeriums auf ein Schreiben von zwei Anti-Fracking-Initiativen. In einem mehrseitigen Schreiben vom 10.7.2014 hatten die Bürgerinitiative Gegen Gasbohren Kleve (BIGG Kleve) und die Interessengemeinschaft Kleve gegen Gasbohren e.V. dem Ministerium ihre tiefe Enttäuschung über das gemeinsame Eckpunktepapier des Bundes-Wirtschaftsministeriums und des Bundes-Umweltministeriums zu Fracking mitgeteilt, etliche Kritikpunkte konkret benannt und um die Beantwortung zahlreicher für Fracking relevanter Fragen gebeten. Statt einer Antwort auf die drängenden Fragen erhielten die Initiativenvertreter nun ein kurzes Antwortschreiben des Bundes-Wirtschaftsministeriums mit substanzlosen Beschwichtigungen und irreführenden Darstellungen, jedoch keine Antworten auf die drängenden Fragen.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Es ist atemberaubend, wie das Bundes-Wirtschaftsministerium den Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zurechtbiegt. Während der Koalitionsvertrag vorsah, ‚Fracking in unkonventionellen Lagerstätten mit umwelttoxischen Substanzen‘ nicht zuzulassen, sieht das Eckpunktepapier ein uneingeschränktes Fracking im Schiefergestein unterhalb von 3.000 Meter vor. Damit wird ein angekündigtes Verbot zu einer Erlaubnis. Dies als Verschärfung von Umweltschutzbestimmungen im Vergleich mit den Anforderungen des Koalitionsvertrags darzustellen, hat mit der Realität nichts mehr zu tun.“

Irreführend ist auch die Aussage des Ministeriums zu Unfällen bei der bisherigen Gasförderung in Tight-Gas-Lagerstätten. Hierzu führt Dr. Sabine Jordan von der BIGG Kleve aus: „Wir haben in unserem Schreiben schwere Unfälle mit toxischen Substanzen und Zwischenfälle in Zusammenhang mit Fracking dargestellt und die Übermittlung weiterer Ereignisse angeboten. Dieses Angebot hat das Ministerium nicht angenommen. Da die Ereignisse aber nicht bestritten werden können, spricht das Ministerium nun davon, dass sie nicht auf das ‚Fracking an sich‘ zurückzuführen sind. Was dies heißen soll, bleibt unklar. Wir gehen davon aus, dass mit dieser neuen Sprachregelung systematisch schwere Unfälle ausgeblendet werden sollen, die mit Fracking in Zusammenhang stehen.“

Michael Körner von der Interessengemeinschaft Kleve gegen Gasbohren e.V. bewertet die zukünftigen Pläne des Bundes-Wirtschaftsministeriums: „Wirtschaftsminister Gabriel treibt die Pläne für Fracking im industriellen Maßstab voran. Mit der Ausnahmeregelung für Fracking-Forschungsvorhaben im Schiefergestein unabhängig von der Tiefe

sollen die Voraussetzungen für die industrielle Förderung herbeigeführt werden. Präsentiert die Industrie ein Forschungsvorhaben, bei dem nichts schief gegangen ist, wird die scheinbare Legitimation geschaffen, Deutschland mit Fracking-Bohrungen zu überziehen. Die Erfahrungen gerade aus den USA, die die Unbeherrschbarkeit dieser Technik zeigen, sollen so in den Hintergrund gedrängt werden.“

Für den BBU ist die zielgerichtet auf die Interessen des Bergbaus und der Gasindustrie orientierte Haltung des Ministeriums nicht akzeptabel. Der Umweltverband fordert daher Bundes-Wirtschaftsminister Gabriel auf, das Eckpunktepapier zurückzuziehen und einen Gesetzentwurf für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot vorzulegen:

Folgende und weitere Informationen zum Thema Fracking findet man auf der BBU-Internetseite unter <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Arbeitsbereiche%20Fracking.html>

Direkte Links

Das Eckpunktepapier der Ministerien:

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Gabriel%20-%20Hendricks%20Eckpunktepapier%20zu%20Fracking.pdf>

Der Brief der Initiativen:

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Schreiben%20an%20Hendricks%20und%20Gabriel%2010.07.14.pdf>

Die Antwort des Wirtschaftsministeriums:

<http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Antwort%20BMWi%2021.08.14.pdf>

Pressemitteilung des BBU vom 22.08.2014.

Internationaler Aktionstag gegen Fracking am 11. Oktober 2014

Am 11. Oktober findet erneut ein internationaler Aktionstag gegen Fracking statt. Informationen dazu unter <http://www.globalfrackdown.org>.

Friedensbewegung

Antikriegstag am 1. September

In diesem Jahr finden am 1. September (Antikriegstag) wieder zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen der Friedensbewegung statt. Termine und weitere Informationen findet man unter <http://www.friedenskooperative.de>.

Meeresschutz

BBU fordert Umsetzung der EU-Meeressstrategie-Richtlinie auf hohem umweltpolitischem Niveau: Bund und Länder müssen Gefahren der Erdöl- und Erdgasförderung berücksichtigen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von der Bundesregierung und den Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein eine Umsetzung der Europäischen Meeressstrategie-Rahmenrichtlinie auf hohem umweltpolitischem Niveau. Zur Umsetzung dieser Richtlinie sind bis zum 31.12.2015 insbesondere für die deutschen Teile der Nord- und Ostsee Maßnahmenprogramme aufzustellen. Hierdurch soll ein ‚guter Umweltzustand‘ erreicht werden. Um diesen zu erreichen, ist es für den BBU unverzichtbar, die Umweltbelastungen durch frühere, bestehende und geplante Erdöl- und Erdgasförderungen zu ermitteln und in die Maßnahmenprogramme einzubeziehen. Ziel muss es sein, zukünftige Umweltschäden zu verhindern und wirkungsvolle Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen.

Derzeit beteiligt das Bundes-Umweltministerium Behörden und gesellschaftliche Gruppen an der Erstellung der Grundlagen für Umweltberichte zu den Maßnahmenprogrammen. Hierzu findet eine schriftliche Anhörung statt. In diesem Rahmen hat der BBU eine Stellungnahme eingereicht, in der Ergänzungen zum bisher geplanten Untersuchungsrahmen und den Grundlagen der Strategischen Umweltprüfung zu den Maßnahmenprogrammen vorgeschlagen werden.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 11.08.2014. Vollständiger Text incl. Weiterführende Links unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/11.08.14.pdf>

Naturschutz

Bewahrt Fehmarn!

Auf der von Fehmaranern und Urlaubern geliebten Insel soll ein 15 Hektar (!!!) großes Industriegebiet entstehen. Augenblicklich wird es bereits geplant. Das sind mehr als 33 Fußballfelder! Fast vollständig versiegelt, also asphaltiert. Damit aber nicht genug: Hier sollen nach aktueller Planung auch Müll gelagert, weithin sichtbare und störende Industriegebäude und Hallen errichtet werden, Lärm von bis zu fast 70 Dezibel und Arbeiten unter Flutlicht erlaubt sein. Das wird – so fürchten wir – der gesamten Insel schaden: den Vermietern, den Gastronomen, dem Tourismus, dem Image Fehmarns und der Lebensqualität hier.



Neben der geplanten Beltunnel-Baustelle (Infos: <http://www.beltquerung.info/>) ist dies eine weitere tiefe Wunde, die der Insel geschlagen werden soll. Wir haben zwar Verständnis dafür, dass sich Unternehmen von der Tunnelbaustelle Profit versprechen (für entsprechende Zulieferungen und die Entsorgung soll das Industrieungetüm dienen), aber dafür braucht es kein neues riesiges Industriegebiet. Das können die Unternehmen von ihren jetzigen Standorten aus tun. Noch kann dieses Monster von Industriefläche aufgehalten werden. Und wir – keine "Wutbürger", sondern Menschen, denen Fehmarn am Herzen liegt – fordern: Bewahrt Fehmarn! Der Erhalt der Insel wird aber nur gelingen, wenn Sie mitmachen.

Quelle und weitere Informationen (Termine, Online-Petition etc.): <http://www.bewahrt-fehmarn.de/das-vorhaben>

Tonergefahren

Dämpfe aus Tonerdruckern nicht unterschätzen!

Zum Thema „Tonergefahren“ heißt es in einem Bericht des Online-Magazins mittelstandinbayern.de „Ebenfalls nicht zu unterschätzen sind die Dämpfe, die aus Druckertonern austreten: Auch wenn das gesundheitliche Risiko durch Drucker-Emissionen [noch umstritten](#) ist, sollte insbesondere bei der Reinigung bzw. der Entsorgung der Toner darauf geachtet werden, dass die Dämpfe und Staubpartikel nicht direkt eingeatmet werden und stets nach Vorschrift (am Handbuch orientieren!) gehandelt wird – in jedem Fall sollte stets für eine ausreichende Belüftung gesorgt werden!“

Den vollständigen Artikel „Mehr Sicherheit am Arbeitsplatz – typische Gefahren im Büro!“ vom 29.07.2014 findet man unter <http://www.mittelstandinbayern.de/bvmw-bayern/mehr-sicherheit-am-arbeitsplatz-typische-gefahren-im-buero>.

Weitere Informationen zu Tonergefahren gibt es auf der Homepage der BBU-Mitgliedsorganisation nano-Control unter <https://www.nano-control.de/index.html>.

TTIP und CETA

BBU ist Mitglied der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist Mitglied der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) gegen die derzeit in Verhandlungen befindlichen transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) geworden. Sie fordert die EU-Kommission auf, dem Europäischen Rat zu empfehlen, das Verhandlungsmandat zu TTIP aufzuheben und das Handelsabkommen CETA nicht abzuschließen. Ein Abschluss der Abkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) würde die Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz katastrophal senken. Ausländische Konzerne könnten Staaten künftig vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten auf hohe Schadensersatzforderungen verklagen, wenn sie Gesetze verabschieden, die ihre Gewinne schmälern.

Als skandalös bezeichnet Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU auch die geplante Einführung von „Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren“. Er stellt die Auswirkungen dar: „Konzerne könnten jede Maßnahme, die sie als ‚unfair‘ ansehen, vor privaten Tribunalen angreifen, die geheim im Ausland tagen. Auf diesem Weg könnten sie horrenden Schadensersatzforderungen gegenüber dem jeweiligen Staat geltend machen. Nicht mehr die bisherige Rechtsstaatlichkeit und unabhängige Gerichtsbarkeit wären dann der Maßstab für den Bestand von Vorschriften. Entscheidende Instanz für einen ausländischen Investor, der beispielsweise Umweltschutzvorschriften nicht stoppen konnte, wären nicht dem Allgemeinwohl verpflichtete Verwaltungsrichter, sondern jeweils drei demokratisch nicht legitimierte Wirtschaftsanwälte. Umweltinteressen wären im Rahmen einer solchen Struktur kaum noch durchsetzbar. Indirekt können solche Schiedsgerichte zudem dazu führen, dass Staaten aus Angst vor Klagen Umweltgesetze auf niedrigstem Niveau erlassen oder sie ganz fallen lassen.“

Der BBU ruft die Bevölkerung daher auf, Druck auf die Politik zu machen. Mit einer Europäischen Bürgerinitiative ist es Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten seit dem 1. April 2012 möglich, die Europäische Kommission aufzufordern, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Gleichzeitig erzwingt eine erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative eine Anhörung im EU-Parlament. Notwendig sind mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten. Für Deutschland sind 72.000 Unterschriften erforderlich.

Der BBU ruft daher die Bevölkerung auf, die jetzt gegründete Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA mit Unterschriften zu unterstützen. Mit der Unterschriftensammlung wird voraussichtlich im September 2014 begonnen.

Weitere Informationen zur Kampagne unter <http://www.ttip-unfairhandelbar.de>.

Der BBU ruft ergänzend auch dazu auf, die Online-Unterschriftenaktion von campact gegen das CETA-Abkommen zu unterstützen. Unterschrieben werden kann unter <https://www.campact.de/ceta/appell/teilnehmen/>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.08.2014. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202014/12.082.14.pdf>.



Impressum: BBU-Newsletter Nr. 07 / 2014, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 31.08.2014. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.